

**TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE**

P/XXIII/204

Bonn, den 24. Oktober 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Briten im Monnet-Komitee</u> Vorarbeiten für den Tag des EWG-Beitritts	52
2 - 3	<u>Eine Zwischenbilanz</u> Nach der Tagung des WEU-Ministerrats in Rom Von Georg Kahn-Ackermann, MdB, Vizepräsident der Beratenden Versammlung der WEU	80
4	<u>Politik mit fünf Ringen</u> Die Schattenseiten der Olympiade	46
5 - 6	<u>Vom "Mare Nostrum" zum "Roten" Meer?</u> Die Lissaboner NATO-Generalversammlung - Einfluß auf die Mittelmeer-Strategie des Westens Von unserem ED-1-Korrespondenten in Madrid	75

SONDERAUSGABE

1 - 9	<u>SUOMI - FINNLAND 1968</u> Blick auf ein Land zwischen West und Ost Reportage von Günter Markscheffel
-------	---

ANHANG ZUR SONDERAUSGABE FINNLAND

1 - 3	<u>Der Außenhandel Finnlands unter besonderer Berücksichtigung der Wirtschaftsbeziehungen zur Bundesrepublik Deutschland</u>
-------	--

## Briten im Monnet-Komitee

### Vorarbeiten für den Tag des EWG-Beitritts

E.C.H. - Nach den vielen Enttäuschungen der letzten Jahre ist in der Europapolitik jetzt wieder einmal ein positiver Schritt zu verzeichnen. Er ist geeignet, zur Überwindung der Stagnation in der Frage des Beitritts Großbritanniens zum gemeinsamen Markt beizutragen. Die Labour Party, die Konservative und die Liberale Partei Großbritanniens sind jetzt Vollmitglieder des Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa (Monnet-Komitee) geworden. Der Beitritt erfolgte auf Einladung der politischen Parteien und Gewerkschaften der EWG-Länder, die seit 1955 das Aktionskomitee bilden. Auf Initiative des ersten Präsidenten der Hohen Behörde der Montanunion, Jean Monnet, wurde das Aktionskomitee 1955 gegründet, um die Regierungen und Parlamente der EWG bei der Schaffung eines vereinten Europas zu unterstützen. Die dem Komitee angehörenden politischen Parteien vereinigten bei den letzten Wahlen mehr als 60 Millionen Stimmen auf sich; das sind zwei Drittel der Wahlberechtigten in der EWG. Im Monnet-Komitee sind 12 Millionen Gewerkschaftsmitglieder vertreten.

Dem Monnet-Komitee gehörten bisher alle nicht-gaullistischen und nicht-kommunistischen demokratischen Parteien und Gewerkschaften der EWG-Länder an. Durch den Beitritt der drei britischen Parteien, die fast 100 Prozent der britischen Wählerschaft repräsentieren, wird ein eindeutiges Bekenntnis zur Erweiterung der Sechsergemeinschaft auf die beitrittswilligen Staaten abgelegt. Dieses Bekenntnis erfolgte auf beiden Seiten des Kanals. So heißt es in einem Kommuniqué des Monnet-Komitees aus Anlaß der Aufnahme der britischen Politiker wörtlich: "Das Komitee ist einstimmig der Überzeugung, daß Großbritannien Vollmitglied der Europäischen Gemeinschaft mit den gleichen Rechten und Pflichten wie die bisherigen sechs Mitgliedsländer werden muß. Das Komitee ist davon überzeugt, daß dies nicht nur für Großbritannien, sondern auch für ganz Europa unerlässlich ist".

Premierminister Harold Wilson schreibt in seiner Beitrittserklärung: "Die Ziele des Aktionskomitees entsprechen vollkommen denen, die die Labour Party unterschreibt. Unsere Partei glaubt, daß Europas politische, wirtschaftliche und technologische Integration unerlässlich ist, wenn Europa seine Fähigkeiten voll einsetzen und einen einmaligen Beitrag zur Sicherung und Erhaltung des Weltfriedens leisten will".

Im Monnet-Komitee betrachtet man das französische NEIN zum England-Beitritt nicht als eine Antwort. Zusammen mit den britischen Mitgliedern, darunter George Brown und Michael Stewart, werden in den kommenden Monaten die praktischen Probleme, die die Teilnahme Englands am Gemeinsamen Markt stellt, geprüft und ein gemeinsamer Standpunkt erarbeitet werden. Damit soll jener Tag vorbereitet werden, an dem der Beitritt Großbritanniens möglich wird. Die Ergebnisse will das Komitee dann den Regierungen unterbreiten. Die nächste 14. Tagung des Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa ist für den Januar 1969 vorgesehen.

An dem aufrichtigen Wunsch Londons, der EWG mit allen politischen und wirtschaftlichen Konsequenzen beizutreten und eine aktive Rolle bei der Schaffung eines starken politisch integrierten Europas zu spielen, kann nicht mehr gezweifelt werden. Wenn am 8. und 9. November dieses Jahres in Den Haag 500 europäische Parlamentarier eine Bilanz der Europapolitik seit 1948 ziehen, wird das Monnet-Komitee dabei ein Aktivposten sein.

### Eine Zwischenbilanz

Nach der Tagung des WEU-Ministerrats in Rom

Von Georg Kahn-Ackermann, MdB,  
Vizepräsident der Beratenden Versammlung der WEU

Die Tagung des WEU Ministerrats in Rom und das anschließende informelle Zusammensein mit dem Präsidium der beratenden Versammlung hat Europas Parlamentarier zu tiefst enttäuscht. Die lange Zeit gehegte Hoffnung, die Brüssler Verträge würden sich bald zu einem wirksamen Instrument europäischer Zusammenarbeit gestalten lassen, ist nach der Tagung in Rom noch geringer geworden.

Weder das in keine praktische Auslegungsmöglichkeit gekleidete Bekenntnis der französischen Regierung zu den Vertragsverpflichtungen der Westeuropäischen Union, noch eine hin und wieder an den Tag gelegte Konzilianz der französischen Ministerratsvertreter in Fragen einer europäischen Zusammenarbeit außerhalb der EWG vermag darüber hinwegzutäuschen, daß man in Paris gegenwärtig keinen Ministerrat akzeptiert, in dem ein britischer Vertreter gleichberechtigt über Europas Zukunft mitentscheiden kann.

Die Westeuropäische Union ist in erster Linie ein militärisches Bündnis mit sehr viel enger gefaßten Beistandsverpflichtungen als es sie im NATO-Pakt gibt. Daher ist die Entdeckung, daß Frankreich angesichts der unerfreulichen militärpolitischen Entwicklungen in Osteuropa und im Mittelmeer nicht bereit ist, seine seit seines militärischen Ausscheidens aus der NATO nicht fassbaren Bündnisverpflichtungen aus dem Brüsseler Pakt zu konkretisieren, für die führenden Parlamentarier der WEU keine Überraschung.

Indessen, die Ablehnung der Franzosen an der Knüpfung eines politischen Bündnis eines größeren Europas mitzuwirken, hat in Rom bei den WEU-Parlamentariern eine entscheidende Wende ausgelöst. Künftige Europa-initiativen zielen daher deutlich auf ein neues europäisches Gremium, in dem ungeachtet der sehr praktikablen bestehenden europäischen Institutionen, die Franzosen nicht mehr in der Lage sind, politische Initiativen zur Erweiterung der EWG-Zollunion in politischer und sicherheitspolitischer Richtung zu bremsen oder gar zu verhindern.

Wie sehr man sich in der Betrachtungsweise der politischen Ereignisse voneinander entfernt hat, bewies in Rom eine französische Äußerung - "wir wollen nicht eines Morgens als Satellit der USA aufwachen" - in einem Augenblick, da die Gedanken der übrigen Bündnispartner um das Problem kreisen, nicht eines Morgens als Satellit der UdSSR aufzuwachen.

Man kann in diesem Licht gespannt auf die Antwort des Ministerrats auf ein Verlangen der WEU-Versammlung warten, nicht nur die Rechte Westberlins, sondern auch die seit 1945 natürlich gewachsenen politischen und wirtschaftlichen Bindungen zwischen der Bundesrepublik und Westberlin nachdrücklich gegenüber den sowjetischen Drohungen zu verteidigen und ihren bleibenden Charakter durch eine gemeinsame Erklärung zu stärken.

Nicht zuletzt haben die WEU-Parlamentarier in Rom ihre Regierungsdelegationen mit Nachdruck ebenfalls darauf hingewiesen, daß der Charakter des Brüsseler Pakts als ein Bündnis zwischen parlamentarisch demokratisch gelenkten Staaten nicht denaturiert werden dürfe.

Gerade die Erklärung der UdSSR über den besonderen Charakter von Souveränitätsrechten im Lager der osteuropäischen Staaten darf keine Zweifel über den politisch ideologischen Charakter westlicher Sicherheitssysteme, wie zum Beispiel des Westeuropäischen Beistandsvertrages, aufkommen lassen. Deswegen ist die neue Form der offenen Aussprache zwischen Ministern und Parlamentariern, wie sie in dieser Form zum dritten Mal stattfand, zwar außerordentlich zu begrüßen, aber kein Ersatz für die seit Jahren fehlende funktionelle demokratisch-parlamentarische Beziehung zwischen Ministerrat und der Beratenden Versammlung der Westeuropäischen Union.

Auch in der Beratenden Versammlung kommt der Unwille der Parlamentarier über die Ignorierung der politischen Zusammenarbeit und der konstruktiven Vorschläge in den europäischen Versammlungen durch die Ministerräte immer deutlicher zum Ausdruck.

Darum hat das Präsidium der Beratenden Versammlung auch angesichts des Ausbleibens konstruktiver Beschlüsse des WEU-Ministerrats zur Befriedigung schneller europäischer Sicherheitsbedürfnisse unter den gegenwärtigen Umständen eine Sondersitzung des WEU-Parlaments Ende Februar beschlossen, in deren Mittelpunkt die Sicherheitsprobleme stehen, die für Westeuropa durch den sowjetischen Flottenaufmarsch im Mittelmeer und das Verbleiben starker sowjetischer Verbände in der CSSR entstanden sind. Damit wollen die WEU-Parlamentarier sichtbar machen, daß sie die Verpflichtungen des Brüsseler Pakts ernst nehmen. Darüber hinaus sind sie entschlossen, im Februar mit allen Konsequenzen darzutun, daß ein militärisches Bündnis der sechs EWG-Partner mit Großbritannien in der gegenwärtigen Lage Europas schleunigst auch politisch funktionsfähig gemacht werden muß. Ob man dann Kurs auf Lösungen nehmen kann, die weit über die Vorschläge des belgischen Außenministers Harmel hinausgehen, wird davon abhängen, ob die Regierungen der Beneluxstaaten, Italiens und nicht zuletzt der Bundesrepublik einsehen, daß die Politik der Minischritte immer tiefer in die europäische Ohnmacht führt.

Politik mit fünf Ringen

Die Schattenseiten der Olympiade

E. Sch. - So sehr man auch außen hin bemüht ist, die Politik von den olympischen Ringen fernzuhalten - sie läßt sich nicht verdrängen, sie läuft als grauer, manchmal als recht dunkler und häßlicher Schatten mit, bei den Kämpfen wie bei der Berichterstattung. Es begann mit dem Paukenschlag der Spaltung in zwei deutsche Mannschaften, der uns noch 1972 in die Ohren dröhnen wird. Hat diese Trennung auch keine völkerrechtliche Bedeutung - der schadenfrohe Jubel in Pankow ist nicht zu überhören. Er war bei den Fernseh- und Rundfunkreportern der DDR laut vernehmbar.

Keine Gelegenheit wurde verpaßt, es deutlich zu machen, und wer da hineinlauschte, mußte glauben, daß es in Mexiko überhaupt nur eine ostdeutsche Mannschaft gebe. Die Existenz der bundesdeutschen Sportler wurde grundsätzlich totgeschwiegen.

Zum Lobe der ARD- und ZDF-Sprecher darf vermerkt werden, daß zwar auch in ihren Reportagen das nationale Mitgehen gelegentlich zu schnellerer und lauterer Sprechweise verführte, aber objektiv die ostdeutschen Sportler in jedes Lob miteinbezogen wurden - und für diese Fairness sei gedankt. Denn im großen und ganzen haben sich beide Mannschaften als gleichwertig erwiesen, und es mag der Dialektik überlassen bleiben, spitzfindig aus dem Medaillenspiegel ein politisches Szenarium zu machen.

Das wird leider nicht ausbleiben. Einen Vorgeschmack haben wir erlebt: "Black-power-Demonstration" farbiger Sieger, die mit Ausschluß aus der USA-Mannschaft geahndet wurde. Muß man Prophet sein, um voraussehen, daß die überwältigenden Siege farbiger Sportler Nachwirkungen haben werden, ja müssen, wenn zunächst vielleicht auch nur propagandistischen Charakters? Die Erfolge kleiner afrikanischer Nationen - klein nach der Bevölkerungszahl - werden auch dort den Nationalstolz anheizen und den Schrei nach Gleichberechtigung heftiger werden lassen. Das ist der Fluch, der bisher unsichtbar auf allen olympischen Spielen lag: Äußerlich ehrte man die sportliche Leistung, aber insgeheim brannte das politisch gefährdete nationale Feuer inwendig bald heller, bald schwächer, je nachdem, ob Sieg oder Niederlage auf der Anzeigetafel standen. Ja, manche Niederlage wurde geradezu als "nationale Schmach" empfunden und ließ den Wunsch nach "Revanche" bis zur nächsten Olympiade schwelen.

Es wäre gut, wenn die Vorbereitungen für München diesen Faktor nicht außer Acht ließen. Der Schatten der Politik ist von den olympischen Ringen nicht zu trennen. Das war schon bei den Griechen der Antike so. Siege und Niederlagen wurden auch damals als eine "nationale Angelegenheit" der beteiligten Stämme empfunden. Warum sollte es heute anders sein, da manche Stämme ihren Olympiateilnehmern Vorteile gewähren, die zwar den Begriff "Amateur" ärger durchlöchern als einen Schweizerkäse, von den Sportlern als Gegengabe aber möglichst viele Siege verlangen. Erste Anzeichen für Um-, besser Abwertungen, künden sich bereits an: Mexiko wird als "Olympiade der Ungerechtigkeiten" insofern angesehen, als in 2200 m Höhe Sportler aus hoch gelegenen Ländern anderen gegenüber im Vorteil waren. Hatte man das nicht vorher gewußt? Aber vielleicht empfiehlt sich eine weitere Spaltung nach Hoch-, Mittelgebirge und Tiefebene, wenn man schon beim Spalten ist.

+ + +

Vom "Mare Nostrum" zum "Roten" Meer?  
-----

Die Lissaboner NATO-Generalversammlung - Einfluß auf die  
Mittelmeer-Strategie des Westens

Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

Als NATO-Oberbefehlshaber General Lyman L. Lemnitzer bei der jüngsten NATO-Generalversammlung in Lissabon vor 200 Vertretern aus den Mitgliedsländern des Atlantikpakts und Kalts mit der Anwendung von Atomwaffen drohte, sollte die sowjetische Mittelmeerflotte militärische Abenteuer auch mit konventionellen Waffen eingehen, horchte man in der spanischen Öffentlichkeit auf. Die sowjetischen Flottenkonzentrationen am Eingang zur Adria und in der Straße von Gibraltar lassen auf verstärkten militärischen Druck des Kremls gegen die NATO-Partner im östlichen wie im westlichen Teil des Mittelmeers schließen.

Auch die Bildung eines nuklearen "Wachkommandos" der See- und Luftstreitkräfte der USA, Italiens und Großbritanniens im Mittelmeer, die eilige Rückkehr der französischen "Atom-Flotte" aus dem Versuchsgelände im Stillen Ozean nach dem Mittelmeer-Hafen Toulon und die gezielten Versuche der Amerikaner, Spanien zu neuen Stützpunktverhandlungen zu bewegen, fielen zeitlich zusammen mit der Verkündung einer neuen Mittelmeer-Strategie des Westens. US-Außenminister Rusk bat seinen spanischen Kollegen Castiella nach Washington, der Oberbefehlshaber der Sechsten US-Flotte im Mittelmeer, Konteradmiral David Richardson, versuchte sein Glück in Geheimbesprechungen mit den führenden Militärs in Madrid, vor allem mit Luftwaffenminister General José Lacalle-Larraga. Vor Europas südlicher Haustüre ist es unruhig geworden.

Aus der "flexible response" kann ein "preventive strike" werden. Die Besorgnisse der spanischen und portugiesischen Öffentlichkeit vor kriegerischen Verwicklungen im Mittelmeer schlugen sich nieder in Pressekommentaren, in denen die Gefahr eines "sowjetisch beherrschten Mittelmeeres" ganz deutlich an die Wand gemalt und westliche Sicherheitsgarantien gefordert wurden. Die Worte Lemnitzers haben nicht völlig beruhigt, denn die Möglichkeit eines Atomkrieges im Mittelmeer wird in allen Anliegerstaaten mit Schauern erwogen. Der vielfach als utopisch verworfene Gedanke, dieses europäische Binnenmeer atomwaffenfrei zu halten und entsprechende Kontrollen einzuführen, taucht am Horizont wieder auf. So scheinen auch in Spanien die Befürworter einer "Ent-Atomisierung" an Zulauf zu gewinnen. Mit besonderer Sorgfalt registrierte die spanische Presse, daß weder Ägypten noch Algerien der Errichtung sowjetischer Flottenstützpunkte auf ihren Hoheitsgebieten zustimmten und für eine neue "Gipfelkonferenz der Blockfreien" in Belgrad die Trommel rühren mit dem wesentlichen Ziel, nach dem Vorbild der kernwaffenfreien Zone in Lateinamerika

auch für das Mittelmeer eine gleiche Regelung zu erreichen. Die Fürsprecher einer solchen Lösung übersahen allerdings, daß ohne Zustimmung der atomaren Großmächte USA, Großbritannien, Frankreich und UdSSR ein solches Projekt nicht verwirklicht werden kann.

Die NATO-Generalversammlung von Lissabon setzte einen Klärungsprozeß in allen Ländern des Mittelmeer-Raumes in Gang, dessen Ausgang noch nicht zu übersehen ist. Das Schreckgespenst eines sowjetisch beherrschten Mittelmeeres hat jedenfalls wenige Monate nach dem Sowjet-Binmarsch in Prag den Zusammenhalt der NATO-Staaten erheblich verstärkt. Der neueste Geheimtip: Malta und Spanien werden mehr als bisher von der NATO umworben werden.

Gleichzeitig sollte auf eine langfristige Überlegung hingewiesen werden, die sich wie ein roter Faden durch die Darlegungen des Lissaboner Treffens zieht. In Gegensatz zur Sowjetunion ist den Mächten des Atlantikpakts der Gedanke einer nuklearen Entspannung im Mittelmeer nicht so fremd, wie es auf den ersten Blick erscheinen mag. Das "Rasseln mit der Atombombe", das Lennitzer in den Vordergrund seiner Darlegungen stellte, ist nur der Ausdruck schlechten Gewissens. Seit einem Jahr hat das Mittelmeer aufgehört, eine Domäne des Westens zu sein. Bis jetzt wurde aus dieser veränderten strategischen Lage kein entscheidender Schluß gezogen. In Lissabon wollte der Westen nur mit der Sowjetunion gleichziehen, nicht mehr. Sollte Moskau bereit sein, über eine atomare Entspannung im Mittelmeer mit sich reden zu lassen, dann wären die NATO-Länder die allerletzten, die ein solches Gespräch zurückweisen.

Sie werden allerdings einen Vorbehalt anmelden müssen: Auch die Interessen der nicht paktgebundenen Mittelmeer-Staaten sind bei solchen Verhandlungen zu berücksichtigen. Daß dabei auch die arabisch-israelischen Spannungen und die Lage auf dem Balkan einbezogen werden müssen, liegt auf der Hand. Was der Westen keinesfalls will, ist ein Kuhhandel, der sich über die Lebensinteressen aller Mittelmeer-Anlieger hinwegsetzt. Das wurde den Sowjets in Lissabon klar und deutlich gesagt. Im Endeffekt kann der Westen mit der Haltung, die er in Lissabon zeigte, auch bei den antiwestlich regierten Mittelmeerländern nur Sympathien gewinnen.